

schlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 6** auf:

Stellenpläne

Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Palmen das Wort.

Manfred Palmen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben an sich nur einen kleinen Punkt, der nach unserer Auffassung allerdings eine große Auswirkung auf den Personalkörper des Landes Nordrhein-Westfalen hat. Wir haben 323.000 Stellen, auf denen mehr als 435.000 Personen ihre Arbeit leisten. In diesem Rahmen haben wir eine Situation, die durch einen Änderungsantrag der Koalition im Unterausschuss Personal nach unserer Auffassung so nicht mehr vertretbar ist. Das Stichwort lautet Beförderungssperre.

Die bisherige Situation war so, dass die budgetierten Ministerien keiner Beförderungssperre, alle anderen Stellen aber einer Beförderungssperre von 12 Monaten unterlagen. Mit dem Änderungsantrag soll nun, entgegen dem Vorschlag der Landesregierung, Herr Minister, die gesagt hat, wenn die Beförderungssperre auf 18 Monate ausgedehnt wird, dann müssen die budgetierenden Häuser eine sechsmonatige Beförderungssperre akzeptieren, den budgetierenden Häusern keine Beförderungssperre auferlegt werden. Dies wird folgendermaßen begründet:

Wenn die budgetierenden Häuser für die Bewirtschaftung solcher Beförderungen verantwortlich sind, dann sollte man ihnen nicht die Möglichkeit entziehen, das sofort zu tun. Es geht um etwa 3.000 Planstellen bei den budgetierenden Häusern, bei denen sofort Beförderungen durchgeführt werden können. Daneben gibt es 320.000 Planstellen in den nicht budgetierenden Häusern, wobei ich das eigentlich auf die 255.000 Beamtenstellen beschränken müsste. Die auf diesen Stellen sitzenden Beschäftigten können erst nach 18 Monaten befördert werden.

Wir halten dies für ungerecht und unsozial. Wer Angestellter ist, hat sofort einen Rechtsanspruch auf eine entsprechende Höhergruppierung nach BAT. Alle Beamten müssen hingegen warten. Das kann nicht Sinn der Sache sein. Sogar die Landesregierung ist dieser Auffassung. Wir schlagen deshalb vor - das haben wir auch beantragt -, das

zu ändern. Wenn Opfer gebracht werden müssen, dann müssen alle Opfer bringen, und zwar auch die durch Zufall in den budgetierenden Häusern Arbeitenden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Palmen. - Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Palmen, ich gebe zu, ich bin ein bisschen erstaunt, dass das aus Ihrer Sicht der einzige Aspekt der heutigen Debatte ist. Ich bin dezidiert - das habe ich bereits im Ausschuss gesagt - anderer Auffassung, weil wir in der Arbeitsgruppe, die wir im Ausschuss für Haushalt und Finanzen auf Anregung Ihrer Fraktion gemeinsam implementiert haben, um darüber nachzudenken, wie wir künftig das Haushaltsrecht weiterentwickeln können, den Ansatz gewählt haben - Herr Kollege, ich fände es schön, wenn Sie zuhören würden; ich möchte mich insbesondere an Sie wenden;

(Zuruf von der SPD: Möchte er nicht!)

er möchte nicht; ich sage das trotzdem, denn ich weiß, Sie legen auch immer Wert darauf, dass man ihnen zuhört -, dass gerade die Ressorts ausgenommen werden sollen, die bereit waren, sich auf die Personalkostenbudgetierung per Modellversuch einzulassen und hierdurch einen höheren Aufwand, auch persönlicher Art, hatten. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass wir vor dem Hintergrund, dass wir das ganze Modell weiterentwickeln und stärken wollen, gerade diese mit einer Strafe belegen, indem wir ihnen wie allen anderen eine Beförderungssperre auferlegen. Deshalb haben wir an dieser Stelle ausdrücklich gesagt: Es ist für uns keine Ungleichbehandlung, sondern ein bewusster Anreiz, der sachlogisch damit zu tun hat, dass die Beförderungen selbst erwirtschaftet werden. Diese Flexibilität muss man diesen Bereichen lassen.

Deshalb stehen wir an dieser Stelle gemeinsam mit dem Koalitionspartner zu diesem Ansatz. Ich halte diesen Ansatz nicht für ungerecht.

Meine Damen und Herren, ich möchte es ebenfalls kurz machen. Wir wollen den Konsolidierungskurs, den wir vor einigen Jahren begonnen haben und der immer wieder Prioritäten setzt, fortsetzen. Für uns liegt die erste Priorität im Bereich Schule und Bildung, dem Ausbau der Ganztagschulen. Das gehört in die fachpolitische Debatte. Seit mehreren Jahren liegt uns aber auch

ein zweiter Schwerpunkt am Herzen, nämlich die Situation der Beschäftigten in der Landesverwaltung, die nicht so viel verdienen. Die Koalitionsfraktionen haben sich immer zur Aufgabe gemacht, die Situation des mittleren Dienstes zu überprüfen. Wir als Haushälter wissen natürlich sehr genau, dass wir nur kleine Zeichen setzen können.

Deshalb möchte ich hier noch einmal deutlich sagen, dass wir genau wie in den letzten Jahren auch versuchen, diesmal bei den staatlichen Umweltämtern im Bereich des mittleren Dienstes einen kleinen Anreiz zu geben und mehr Möglichkeiten zu schaffen, ein paar Planstellen in den gehobenen Dienst zu heben, um damit Beförderungsmöglichkeiten vorzusehen. Das ist eine Operation, die wir jedes Jahr in verschiedenen Bereichen gemacht haben. Ich denke, die ist auch richtig.

Ich möchte zuletzt betonen, dass es uns in den nächsten Jahren deutlich am Herzen liegen wird, all das ins Zentrum der Diskussion auch im Unterausschuss "Personal" zu stellen, was mit der Frage der richtigen Weichenstellung in der Personalbewirtschaftung zu tun hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden das tun, ich glaube im Gleichklang mit den Fraktionen. Das ist kein Punkt, der sich eignet, um eine Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen zu führen. Uns liegt das am Herzen. Wir werden dazu in den nächsten Tagen sicherlich noch "Laut gebeten". Es wird ein Schwerpunkt unserer Arbeit bleiben. Aus unserer Sicht ist der Personalhaushalt mit den Änderungsanträgen der Oppositionsfraktionen stabil und tragfähig. Deshalb stimmen wir ihm in dieser Fassung gerne zu.
- Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Walsken. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben es sehr kurz gemacht. Ich möchte versuchen, Sie auch nicht unnötig zu strapazieren.

(Beifall bei einzelner Abgeordneter der SPD)

Ein paar Punkte möchte ich aber doch anmerken. Immerhin geht es hier um den größten Ausga-

benblock des Haushaltes. Mittlerweile sind wir bei einer Personalsteuerquote von 54 %.

In den Koalitionsvereinbarungen, die SPD und Grüne im Jahre 2000 getroffen haben, haben Sie das Ziel einer Senkung auf unter 50 % angestrebt. Dieses Klassenziel ist deutlich verfehlt. Im Augenblick ist auch keine Besserung in Sicht. Die Personalkosten steigen weiter an und verengen und vernichten Gestaltungsspielräume. Deswegen ist es meiner Meinung nach ausgesprochen wichtig, dass wir uns in diesem Parlament mit den Personalkosten ausführlicher befassen.

Wir haben vor einem Jahr die Diskussion über die explodierenden Versorgungsverbindlichkeiten und die daraus für das Land in den kommenden Jahren resultierenden Kostensteigerungen geführt. Die FDP-Fraktion hat beantragt, 36 Millionen € in einen Versorgungsfonds einzubringen - ergänzend zu dem, was bisher gemacht wird -, damit wir endlich in die Zukunftsvorsorge einsteigen, damit wir damit Ernst machen.

Bisher wird immer nur geredet, wir müssten auf diesem Feld dringend etwas unternehmen. Aber nein, es fehlt der Mut. Sie haben in den Haushalt einen neuen Titel eingeführt. Allerdings befindet sich dahinter nur ein Strich, was eine Null bedeutet. Das ist, meine Damen und Herren, nicht akzeptabel.

Bei all den Bekenntnissen, die wir von verschiedenen Stellen - sei es vonseiten des Ministers, der jetzt Ministerpräsident geworden ist, sei es von den Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen in diesem Haus - gehört haben, waren und sind wir uns darüber einig, dass das eines der wichtigsten Themen ist, das wir im Hinblick auf eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik aufgreifen und lösen müssen; stattdessen ist man als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet.

Ich weiß, dass das dem einen oder anderen genau so leid ist wie mir. Ich kann nicht mehr nachvollziehen, dass Sie an dieser Stelle wieder ein Jahr ungenutzt verstreichen lassen wollen. Glauben Sie denn allen Ernstes, dass die Situation in einem Jahr eine andere sein wird? Da wird die Haushaltslage genauso katastrophal sein, weil wir auch in anderen Bereichen Ihrer Politik nicht erkennen können, dass Sie die entsprechenden Weichenstellungen vornehmen.

Jedenfalls haben wir als FDP die 36 Millionen € in den Haushalt konkret einstellen wollen. Sie haben dazu nicht die Kraft und den Mut gehabt. Das ist ausgesprochen bedauerlich. Ihr Vorgehen wird daher unsere Unterstützung nicht finden.

(Beifall bei der FDP)

Seit vielen Jahren setzen wir uns darüber hinaus damit auseinander - das ist auch nichts Neues -, dass wir Personal, dass wir Aufgaben und dass wir Bürokratie abbauen müssen. Das haben wir gerade erneut in der Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten gehört. Wir wissen auch alle, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht "verdunsten". In den letzten Haushaltsberatungen ist da irgendwann auch einmal von "Erschießen" die Rede gewesen. Solche Methoden haben natürlich keinen Platz in der parlamentarischen Beratung und auch nicht im Handeln der Regierung. Das ist, glaube ich, klar.

Mir reicht es einfach, dass immer nur irgendwelche Lippenbekenntnisse abgegeben werden und hinterher nichts passiert. Herr Steinbrück hat vor einem Jahr auf diesen Vorhalt gesagt, ja, dieser Knoten müsse endlich durchgeschlagen werden. Man müsse in der Tat die verschiedenen Bereiche konkret durchgehen, um festzustellen, wo wir bereit wären, Staatsaktivitäten zurückzuführen, und welche Auswirkungen das auf das Personal hätte und welche Einsparungen möglich wären. Spätestens vor einem Jahr ist das Ganze schon erkannt und thematisiert worden. Passiert ist nichts!

Wir haben die Bekenntnisse gehört, dass wir endlich Personalführungsinstrumente zu einer effizienteren Mittelbewirtschaftung benötigen. Wir führen seit langem die Diskussion über eine möglichst flächendeckende Einführung der Personalkostenbudgetierung. Was hier passiert, sind ebenfalls nur Lippenbekenntnisse. Wir müssen endlich in die Puschen kommen, meine Damen und Herren. Es reicht einfach nicht mehr, dass wir hier nur "schwätzen": Wandeln durch Handeln ist das Motto!

Wenn man sich das eine oder andere ansieht, was stattdessen gemacht und von Ihnen vorgeschlagen wird, dann könnte man fast vermuten, dass Sie die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wegekeln wollen. Ich möchte gar nicht mehr auf Leistungsprämie, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld oder die Beförderungssperre eingehen. Dazu ist schon so manches gesagt worden.

Einen Aspekt möchte ich aber doch ansprechen, weil wir auch dabei eine von Ihnen völlig abweichende Meinung haben. Das betrifft die Kostendämpfungspauschale. Es ist nicht nur verfassungsrechtlich fragwürdig, diese Kostendämpfungspauschale einzuführen; es ist auch politisch ein völlig falsches Signal an die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen, die schlicht und ergreifend für Ihre verfehlte Politik

den Kopf hinhalten sollen, die dafür gemolken werden. Das ist aus meiner Sicht und aus Sicht der FDP-Fraktion nicht akzeptabel. Wir können deswegen Ihre Politik nicht unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Freimuth. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Müller das Wort.

Edith Müller (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie wissen, dass meine Fraktion in diesem Haushaltsverfahren für strukturelle Reformen gekämpft hat und das auch noch bis zum nächsten Mittwoch tut. Sie wissen, dass wir im Personalbereich dringend erforderliche Reformen angesprochen haben.

Erstens geht es um die Aufstockung des Kapitalstocks zur Abfederung der Pensionsleistungen in den Jahren 2012 ff. Dass wir im Haushaltsjahr 2003 lediglich einen Strichansatz haben, bedaure ich persönlich sehr. Allerdings war es mir und meiner Fraktion nicht möglich, einen weiteren Deckungsvorschlag für 36 Millionen € zu erbringen. Ich sehe, dass das ein mageres Ergebnis ist, und hoffe, dass wir das Ganze im Vollzug besser bewerkstelligen werden und im nächsten Jahr beim Haushalt 2004 von vornherein einen Ansatz festlegen werden; denn dieser Kapitalstock muss unbedingt kommen, wenn man vorsorgende Haushaltspolitik für die Jahre 2012 ff. ernst meint.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Thema Budgetierung hat es vorhin noch eine Verhandlungsrunde gegeben. Ich glaube, ich verrate nicht zu viel, wenn ich sage, dass wir uns mit allen Fraktionen darauf verständigt haben, eine neue Formulierung ins Haushaltsgesetz zu übernehmen.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Ja, die Fraktionen müssen es noch besprechen; das ist mir klar. Ich werbe nur für diesen Kompromiss. Der Kompromiss würde weitere Flexibilisierungsinstrumente in Bezug auf die Personalbewirtschaftung ermöglichen.

Ich will mein Motiv nennen und sagen, was unsere Fraktion an der Personalausgabenbudgetierung so chancenreich findet. Es geht überhaupt nicht in erster Linie darum, einen Konsolidierungsbeitrag aus dem Bereich der Personalbewirtschaftung zu erzielen - ganz und gar nicht. Das ist nur ein willkommener Nebeneffekt, wenn er denn erzielt werden kann.

In allererster Linie geht es uns vielmehr darum, mit den Beschäftigten - den Beamten und den Angestellten - unserer Landesverwaltung eine moderne Bewirtschaftung zu organisieren. Dabei gehen wir davon aus, dass Kostenbewusstsein über die Personalausgaben in den Köpfen derjenigen entsteht, die mit Personal zu tun haben, wenn sie nicht nur abstrakt Stellenpläne diskutieren und bewirtschaften müssen. Zweitens kommt es uns darauf an, dass wir durch eine Dezentralisierung der Bewirtschaftung die Motivation für eine effizientere Bewirtschaftung der Personalausgaben steigern wollen.

Selbstverständlich geht ein solcher Reformprozess immer nur mit den Beschäftigten und nicht gegen die Beschäftigten. Auch das muss noch einmal betont werden. Es handelt sich hier um ein modernes Verwaltungsinstrument. Vielleicht haben wir mit dem jetzt zwischen allen Fraktionen gefundenen Kompromiss wirklich eine Chance, im nächsten Jahr etwas weiter zu kommen.

Ich möchte aber dezidiert sagen, dass es über das hinaus, was wir auf Landesebene machen, aus meiner Sicht und aus Sicht meiner Fraktion - wir haben das in der Fraktion so beschlossen - unverzichtbar ist, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen. Wir wollen zu einer echten Bewirtschaftung der Personalausgaben kommen. Das heißt auch, dass wir die Koppelung der Beamten an eine Stelle auflösen müssen. Diese Reform können wir nur auf Bundesebene umsetzen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir brauchen diese Bundesratsinitiative dringend sofort, und zwar schon ab Januar oder Februar 2003. Sie passt auch perfekt ins Bild der Berliner Bundesratsinitiative zur Öffnungsklausel im Besoldungsrecht. So etwas muss kommen. Der Kern dieser Initiative muss sein, § 28 Haushaltsgrundsatzgesetz und § 26 Bundesbesoldungsgesetz so zu verändern, dass unsere Mitarbeiter eine echte, volle Budgetierung auch in Bezug auf die Stellen im Beamtenbereich durchführen können.

(Beifall von Helmut Stahl [CDU])

- Ich sehe Zustimmung bei der Opposition. Das freut mich; denn dann werden wir das Ganze im Bundesrat hinbekommen.

Last but not least möchte ich unseren ehemaligen Ministerpräsidenten Clement zitieren, dem ich mich an dieser Stelle voll anschließen kann. Er sagt - ich zitiere aus der heutigen Ausgabe der "Süddeutschen Zeitung" -:

"Wohlgemerkt, der Staat in Deutschland ist nicht arm. Allerdings gibt er das Geld nicht

durchweg an den richtigen Stellen aus. Das ist unser Problem. Die Menschen spüren doch, dass der Staat seine Mittel nicht immer vernünftig einsetzt, wenn ich nur daran denke, dass die Prozesse der Verbeamtung und der Bürokratisierung noch immer fast ungebremst weiterlaufen. Da müssen wir gegensteuern."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist auch richtig. Meine Damen und Herren, wir brauchen eine grundsätzliche Reform des öffentlichen Dienstrechtes. Es ist nicht eine Reform gegen die Beamten, sondern eine Reform zur Imagepflege für die Beamten, wenn wir sagen, die bestehende Zwei-Säulen-Struktur mit Arbeitern und Angestellten einerseits und Beamten andererseits gehört der Vergangenheit an. Auch das muss im nächsten Jahr kommen, wenn das Jahr 2003 - so ist es jedenfalls grüne Absicht - ein echtes Reformjahr werden soll. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Müller. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt noch einmal Herr Kollege Palmen das Wort.

Manfred Palmen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Walsken, wir haben es deswegen kurz gemacht, weil wir davon ausgegangen sind, dass das Ganze im Unterausschuss "Personal" und im Haushalts- und Finanzausschuss ausreichend diskutiert worden ist. Mehrheit ist nun einmal Mehrheit. Sie haben so beschlossen. Daher brauchen wir das alles nicht noch einmal anzusprechen.

Ich möchte aber zumindest den Punkt mit der Beförderungssperre noch einmal erhellen. Ich will nicht sagen, dass Ihre Ausführungen intellektuell unredlich waren; so etwas gehört sich ja nicht. Der Klimmzug, den Sie eben versucht haben, ist Ihnen aber nicht gelungen. Sie können doch nicht allen guten Geistes sagen: Wir haben es bewusst so gemacht, dass wir 3.000 Beamtenstellen in den budgetierten Ressorts bevorzugen, sodass diese Beamten sofort befördert werden können. Die anderen 252.000 haben Pech gehabt, dass sie in nicht budgetierten Ressorts sitzen. Dortige Beamte müssen 18 Monate auf die Beförderung warten, obwohl sie das Amt schon im vollen Umfang wahrnehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Klartext gesagt: Sie sollten Ihr Auge nicht auf diejenigen richten, die befördert werden können, weil sie durch Zufall in den budgetierten Ressorts

sitzen, sondern auf diejenigen, die 18 Monate warten müssen.

Die Landesregierung hat diesen Bruch - so etwas ist in meinen Augen unredlich, unsozial und ungerecht - gesehen und gesagt, alle sollten einen leichten Nachteil haben - die Beamten in budgetierten Ressorts sechs Monate, die anderen 18 Monate -, damit der Abstand erhalten bleibe.

Frau Müller hat eben geäußert, das Ganze sei keine Reform gegen die Beamten. - Was ist denn sonst? Einem Beamten, der Schulleiter ist, sagen Sie: Du übernimmst ab morgen die Schulleitung, und dann kannst du ab Wahrnehmung dieses Amtes 18 Monate lang warten, bis du befördert wirst. Hingegen kann der Beamte, der zufällig im Ministerium sitzt, am gleichen Tag, an dem er die Stelle mit den entsprechenden Aufgaben übernimmt, beispielsweise zum Ministerialrat oder zum Regierungsdirektor befördert werden. Das ist nicht in Ordnung.

Eine letzte Anmerkung: Gerade haben Sie noch einmal für die Budgetierung geworben. Sollte diese tatsächlich am 1. Januar 2004 kommen, haben wir ein Problem, den Mitarbeitern in den Ministerien klar zu machen, dass sie 18 Monate warten sollen. Sie lesen doch gleichzeitig: Ziel der Landesregierung bzw. einheitlicher Antrag - wie auch immer; das werden wir noch sehen - ist es, ab 1. Januar 2004 alle Mitarbeiter in die Budgetierung zu bringen.

Das ist meines Erachtens nicht in Ordnung.

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Walsken?

Manfred Palmen (CDU): Ja, natürlich.

Vizepräsident Jan Söffing: Frau Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Herr Kollege Palmen, das Wesen des budgetierten Ressorts besteht darin, dass ich die Beförderungen, die ich vornehme, selbst erwirtschafte. Sind Sie bereit zuzugestehen, dass gerade diese Tatsache in den budgetierten Bereichen ganz anders zu bewerten ist als in allen anderen Ressorts? Ich habe ausdrücklich gesagt, uns geht es um eine Anreizwirkung. Diese Anreizwirkung müssen Sie für budgetierte Bereiche formulieren. Sonst haben Sie keine Sondersituation gegenüber anderen Ressorts.

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Manfred Palmen (CDU): Es geht allen um eine Anreizwirkung. Kommen Sie mir bitte nicht mit

dem Wesen dieser ganzen Sache. Das Wesen der 252.000 Stellen ist, dass sie 18 Monate warten müssen statt bisher 12, aber die gleiche Arbeit erledigen, die auf diesem Beförderungsamt liegt. Man muss an diese Leute und an deren Motivation denken. Man darf nicht die anderen noch mehr bevorzugen - nur weil die eben ihre Mittel alle erwirtschaften.

(Beifall bei der CDU)

Das war nur unser Appell, das einmal zu überlegen. Die Landesregierung hat das verstanden. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Palmen. - Für die Landesregierung hat Herr Minister Dieckmann das Wort.

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beiträge des Kollegen Palmen sind ja erkennbar von dem Bemühen getragen, einen Keil zwischen die Koalition und die von ihr getragene Landesregierung zu treiben.

(Oh-Rufe von der CDU)

Dieser Versuch, Herr Palmen, ist verständlich, aber zum Scheitern verurteilt.

(Zuruf von der FDP: Da passt kein Blatt Papier dazwischen!)

Wir haben uns gern dem Anliegen der Koalitionsfraktionen angeschlossen, einen zusätzlichen Bonus, eine zusätzliche Anreizprämie für alle diejenigen auszuwerfen, die sich den Schwierigkeiten einer Personalausgabenbudgetierung unterziehen. Ich weiß, wovon ich rede. Ich weiß auch, dass im Ergebnis daraus eine neue Qualität wird. Ich denke, alle Ressorts sind gut beraten, dieses Instrument in absehbarer Zeit zu nutzen.

(Beifall bei SPD, CDU und GRÜNEN)

Frau Müller hat zu Recht gesagt, dass diese und andere Instrumente einer modernen Haushalts- und Personalwirtschaft natürlich nicht gegen die Beschäftigten, sondern mit den Beschäftigten entwickelt, eingeführt und fortentwickelt werden müssen. Deshalb bitte ich um Verständnis, dass die Landesregierung diesen Prozess sehr ernsthaft, aber nicht hektisch betreibt. Ich bin aber zuversichtlich, Frau Müller, dass in der Tat das Jahr 2003 ein sehr erfolgreiches Jahr für uns alle und nicht zuletzt auch für die Bediensteten der Landesverwaltung in all den verschiedenen Bereichen sein wird.

(Beifall bei den GRÜNEN - Manfred Palmen
[CDU]: Das war zynisch!)

- Nein, Herr Palmen. Lassen Sie mich das noch einmal ganz deutlich sagen. Es gibt hier kein Vertun, dass das ausgesprochen sichere Arbeitsplätze sind, die wir anbieten.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau!)

Das muss auch in der heutigen Zeit einmal festgestellt werden. Zweitens will ich auch hier noch einmal ganz deutlich sagen: Sie mögen das zynisch finden, aber da befinde ich mich in Übereinstimmung mit der herrschenden Lehre in allen einschlägigen Lehrbüchern. Geld ist nicht alles. Wir wissen aus den ernst zu nehmenden Mitarbeiterbefragungen unter anderem von Professor Klages an der Verwaltungshochschule in Speyer, dass die Überlegungen in der Motivationsskala, die mit Geld zu tun haben, erst auf der Platzziffer 5 und folgende liegen. Alles andere sind Punkte, die wir auch in der Landesverwaltung weiterentwickeln. Dazu gehört z. B. Anerkennung.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Da ist Zeit genug, das zu tun. Ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind. Die Qualitätsentwicklung in der Landesverwaltung ist mindestens so wichtig wie das, was wir in den Stellenplänen bewegen.

Lassen Sie mich in aller Kürze zu den Hinweisen von Frau Freimuth noch Stellung nehmen: Natürlich ist die Personalsteuerquote gestiegen. Aber, Frau Freimuth, Sie können auch nicht in Abrede stellen, dass die Personalausgabenquote sinkt. Wenn die Steuerquote leider noch gestiegen ist, so liegt das einfach daran, dass die Bezugsgröße beim Steueraufkommen gesunken ist. Das ist einfach ein mathematisches Problem. Sie werden es nicht vermögen, das der Landesregierung als Versagen anzukreiden.

Was den Kapitalstock für Versorgungslasten angeht, so hätten wir auch gerne die Möglichkeit und werden jede sich anders ergebende Möglichkeit nutzen, ihn stärker zu bedienen, als wir das im Moment mit der Vormerkung tun können.

Wir haben wieder einmal die Neigung, immer über die Beamten zu reden. Ich persönlich bin sehr gespannt darauf, was uns die Kommission unter Leitung von Professor Bull "Zur Zukunft des öffentlichen Dienstes - zum öffentlichen Dienst der Zukunft" präsentieren wird. Ich weiß aus entsprechenden Aussagen von Professor Bull, dass er sich sehr wohl auch mit den strukturellen Problemen im Bereich des Bundesangestelltentarifvertrags beschäftigt.

(Edith Müller [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Ich will auch hier ganz deutlich sagen: Dies wird noch sehr schwierig für die Tarifvertragsparteien. Wir sollten diese Diskussion beherzt miteinander führen, aber nicht auf der Ebene von Haushaltsplänen, sondern im guten Sinne als eine Entwicklungsaufgabe. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister.

Meine Damen und Herren, eine Abstimmung über die Stellenpläne erfolgt an dieser Stelle nicht, da sie eingebunden ist in die Abstimmung über die Einzelpläne und über das Haushaltsgesetz 2003.

Ich rufe **Nummer 7** auf:

Einzelplan 12: Finanzministerium

In Verbindung mit:

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

Und:

Haushaltsgesetz 2003

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlungen**, die **Drucksachen 13/3300, 13/3312 und 13/3320**, und den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU zum Haushaltsgesetz 2003 und zum Haushaltsbegleitgesetz. Das ist die **Drucksache 13/3343** in der Fassung des Neudrucks.

Für die CDU-Fraktion erhält zunächst Herr Kollege Klein das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach zwei Tagen intensiver Beratungen über die Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen kommen wir jetzt bei der allgemeinen Finanzverwaltung auch unter anderem zu der Einnahmeseite des Landeshaushalts und damit auch zu den Menschen, die dort ihre Arbeit tun.

An dieser Stelle will ich einfach einmal ein Wort des Dankes sagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesfinanzbehörden, dass sie ihre Arbeit so leisten, wie sie es tun - in oft unheimlich schwerer Umgebung, in einer Umgebung, die eigentlich an vielen Stellen unnötig schwer gemacht wird durch sich immer wieder ändernde Gesetze, mit denen die Finanzbehörden sich auseinander zu setzen haben. Von dieser Stelle ein ganz herzlicher Dank für diese Arbeit,